

von Philosophie und Theologie beim Wort und sage: Mir fällt hier auf, mit welcher Selbstverständlichkeit, ja Leichtfertigkeit hier von „Gott“, von „Gottes Anfangen“, von seinem „Sichhineinsagen“ in unser Verstehen, von seinem „Hineinwagen“ in unser Dasein, von Gott als „Zentrum und Quelle“, ja sogar von „ihm“ gesprochen wird (31 b/32 a). Frage: Ist das der (schon vorweggezählte) Preis für die hier gesuchte neue Autonomie der Philosophie? Oder andersherum gesehen: Besteht das neue (von der neuen Autonomie her mitgegebene) Glück dieser Religionsphilosophie und ihres neuen Verhältnisses zur Theologie in der so zum Ausdruck gebrachten vorkritischen Unbekümmertheit gegenüber ihrem Gegenstand wie gegenüber ihren eigenen Möglichkeiten? Liegt der Sinn dieser Neubestimmung des Verhältnisses von Philosophie und Theologie letztlich nur darin, daß nun auch der Philosoph (wie schon der Theologe in der sog. „theologischen“ Grundorientierung) den unkritischen Standpunkt des einfachen Glaubens beziehen kann? Oder woher weiß man das alles, was wir oben in bezug auf „Gott“ zitiert haben?

Wie berechtigt diese Fragen sind, zeigt sich auch noch weiter unten, also da, wo die Erörterung längst außerhalb der „theologischen Grundorientierung“ ganz mit dem eigentlichen Thema der Verhältnisbestimmung von Philosophie und Theologie, ja mit der Frage nach dem Wesen von Philosophie und Theologie beschäftigt ist. Da heißt es beiläufig wie selbstverständlich, für die rechte Theologie könne Gott nicht ein „bloßes Existenzial des Menschen“ sein (S. 34 b). Frage: Wieso eigentlich nicht, und von welchem philosophisch-theologischen Standort aus läßt sich das sagen, und dazu noch so definitiv? Vom Standpunkt der Naivität des einfachen Glaubens (was wohl nur vor-theologisch berechtigt

wäre) oder von dem noch weniger zu verantwortenden eines vorkritischen Objektivismus?

Ich will konkreter werden und direkt fragen: Gesetzt, ich käme nach einigermaßen engagiert-kritischer Beschäftigung mit der religionsphilosophisch-theologischen Gesamtproblematik zu der Einsicht, daß es hinter den anthropozentrisch-kritischen Ansatz etwa der Kierkegaardschen Existenzdialektik (von einer von daher angelegten Praxisdialektik mit all ihren Konsequenzen ganz zu schweigen) kein Zurück mehr gibt – und Kierkegaard ist da in bezug auf Hemmerle sicher kein unfair ausgewähltes Beispiel –, Frage: Was dann, wenn damit festgestellt ist, daß die religionsphilosophische und theologische Sache nur vom Standpunkt der geschichtlichen Existenz selbst möglich ist, also gegen allen naiven Objektivismus nur existenzdialektisch zu haben ist und endlich gar, auf die von uns ausgewählte Gottesfrage zugeschnitten, daß von „Gott“ nur wie von der existenziellen „Antizipation“ des Ewigen, nur wie vom existenziellen „Postulat“ die Rede sein kann? (vgl. Kierkegaard, Nachschrift, Düsseldorf 1957/58, I 191, II 13). Muß dann daraus nicht schon für eine „theologische Grundorientierung“ etwas ganz anderes folgen, als eingangs zu lesen war, von den Konsequenzen für eine Religionsphilosophie ganz zu schweigen, selbst dann, ja gerade dann, wenn ihr Verhältnis so von „innen“ her konzipiert ist wie hier bei Bischof Hemmerle?

Ich muß gestehen, mir wäre – trotz Kierkegaard – das alte distanziert-kritisch gedachte Verhältnis der Philosophie zur Theologie so oder so lieber, schon allein deswegen, weil nach dieser neuen Definition der Philosophie aus der Sicht der Theologie das Philosophische allzuleicht ins Fahrwasser einer unkritischen Theologie geraten könnte.

Josef Brechtken

Kurzinformationen

Die Bewegung um den suspendierten Alt-Erzbischof Marcel Lefebvre scheint auf eine erneute Verschärfung des Konflikts mit der Kirche zuzusteuern. Bei einem Gottesdienst in Marseille teilte Lefebvre im Februar mit, er werde ungeachtet der vom Vatikan ausgesprochenen Suspendierung von seinen bischöflichen Vollmachten in seinem Schweizer Seminar Ecône am 29. Juni 15 Alumnus die Priesterweihe spenden (KNA, 23. 2. 77). Während desselben Gottesdienstes wiederholte Lefebvre seine bekannte These von der Unterminierung der Kirche durch den Liberalismus sowie seine Warnung vor der Gefahr, die von Freimaurern, Sozialisten und Kommunisten für die Kirche ausgehe. Er kritisierte dabei den Empfang des spanischen Königs Juan Carlos im Vatikan (vgl. HK, März 1977, 161), der zu einer Zeit erfolgt sei, zu der der König in Spanien Sozialisten und Kommunisten wieder hoffähig mache. Wenige Tage später wurde bekannt, daß 20 Studenten des Seminars in Ecône sich nach Rom begeben und sich dem Papst unterstellt hätten. Die Seminaristen sollen nach Abschluß ihres Studiums und nach Klärung ihrer kirchenrechtlichen Stellung nach Frankreich zurückkehren und in den normalen priesterlichen Dienst eingegliedert werden. Lefebvre selbst schien von diesem Ereignis, das man als eine erste Auflösungserscheinung der Traditionalistenbewegung deuten könnte, nicht beeindruckt zu sein. In einem Interview, das er bei einem Besuch in München dem Bayerischen Fernsehen gab, bekundete er im

Gegenteil seine Entschlossenheit, in München ein Priorat zur Ausbildung von Priesteramtskandidaten zu gründen (vgl. KNA, 11. 3. 77). Für Aufsehen sorgte der suspendierte Erzbischof auch im Zusammenhang der Besetzung einer Pariser Pfarrkirche durch eine größere Gruppe von Traditionalisten. Die Gruppe hatte am 27. Februar die Kirche „Saint-Nicolas-du-Chardonnet“ im Quartier Latin besetzt und dort Messen nach dem Ritus Pius' V. gefeiert. Nachdem sich Lefebvre von der Aktion zunächst überrascht gezeigt und betont hatte, er wolle sich in die Affäre nicht einmischen, solidarisierte er sich später in einem Brief mit den Kirchenbesetzern, während der Pariser Erzbischof, Kardinal François Marty, das Vorgehen der Traditionalisten verurteilte und, nachdem die Besetzung gegen den Willen der Pfarrgemeinde bereits über zwei Wochen andauerte, beschwörend dazu aufrief, die Einheit im Glauben zu wahren (vgl. La Croix, 15. 3. 77). Angesichts der verschiedenen Fakten kann es nicht überraschen, daß der Pressesprecher des Vatikans, P. Romeo Panciroli, bereits Ende Februar erklärte, es werde in Rom mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß Lefebvre sich in seiner Haltung versteift habe und keinerlei Bereitschaft erkennen lasse, in befriedigender Weise auf die Forderungen einzugehen, die der Papst in dem Brief vom 11. Oktober (vgl. HK, Januar 1977, 50) an ihn gerichtet hatte. Es bestehe deshalb keine Möglichkeit, die kirchenrechtlichen Sanktionen aufzuheben. Von einer bevorstehen-

den ausdrücklichen Exkommunikation war in der Presseerklärung aber nicht die Rede.

Die Gemeinsame Kommission des Lutherischen Weltbundes und der katholischen Kirche tagte vom 7. bis 12. März in Paderborn. Im Mittelpunkt der Beratungen standen Fragen des Eucharistieverständnisses und des kirchlichen Amtes (vgl. epd, 14. 3. 77). Die Arbeit an einem gemeinsamen Dokument über das Abendmahl ist nach diesen Gesprächen so weit gediehen, daß man jetzt bereits an die abschließende Revision des vorbereiteten Textes gehen kann. In einem zum Abschluß des Treffens veröffentlichten Kommuniqué hieß es, man hoffe, bald solche Punkte vorlegen zu können, in denen die Lehren beider Kirchen übereinstimmen, und andere, bei denen noch weitere Untersuchungen notwendig sind. Ziel des Dokumentes sei es, „wo immer möglich gemeinsames Zeugnis abzulegen und gleichzeitig die noch offen gebliebenen Fragen aufzuzeigen, um sie einer Klärung näherzuführen“. Der Entwurf des Textes werde voraussichtlich zeigen, „daß Lutheraner und Katholiken in einer Reihe von Lehraussagen über das Herrenmahl übereinstimmen“. Es wurde festgestellt, daß der Prozeß der gemeinsamen Arbeit länger gedauert habe, als ursprünglich erwartet, „nicht, weil wir nicht übereinstimmten, sondern weil wir die beste Ausdrucksform für unsere Übereinstimmung finden wollen“. Für die Weiterarbeit wurden zwei Unterkommissionen eingesetzt, von denen die eine die Frage des geistlichen Amtes, die andere die Frage der Einheit der Kirche und insbesondere Modelle behandeln soll, die aus katholischer bzw. lutherischer Sicht zur Kirchengemeinschaft führen können. Im Herbst 1978 wird die Gemeinsame Kommission dann wieder zusammentreten, um auf der Basis der Arbeit der beiden Unterkommissionen ihre Beratungen fortzusetzen. Mitglieder der Kommission sind u. a.: auf lutherischer Seite der ehemalige EKD-Ratsvorsitzende Altbischof *Hermann Dietzfelbinger*, LWB-Generalsekretär *Carl Mau* und *Vilmos Vajta*, der Leiter des Ökumenischen Instituts des LWB in Straßburg, sowie auf katholischer Seite der Paderborner Weihbischof Prof. *Paul-Werner Scheele*, Prof. *Heinz Schütte* vom vatikanischen Einheitssekretariat und Prof. *Peter Bläser* vom Johann-Adam-Möhler-Institut. In den Vorsitz teilen sich der Bischof von Kopenhagen, *Hans L. Martensen*, und der bekannte lutherische Theologe *George Lindbeck* aus den Vereinigten Staaten. Das erste bedeutende Ergebnis der Arbeit der bereits über ein Jahrzehnt bestehenden offiziellen Dialog-Kommission auf Weltebene war der sogenannte „Malta-Bericht“ zum Thema „Das Evangelium und die Kirche“ (vgl. HK, November 1971, 536 ff.), der in der Ökumene starke Resonanz gefunden hat.

In der Erklärung „**Katholisch‘ und ‚evangelisch‘ heute**“ stellt die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz mit Besorgnis fest, daß die alten konfessionellen Bezeichnungen „katholisch“ und „evangelisch“ oder „protestantisch“ heute wieder häufig als abschätzige Kampfpaparn verwendet werden (Aufrufe zum Widerstand gegen die „Protestantisierung“ der römisch-katholischen Kirche und ebenso gegen die „Rekatholisierung“ evangelischer Kirchen). Gleichzeitig schein sich vielerorts das Mißtrauen gegen die ökumenische Bewegung überhaupt zu vertiefen, als ob es dabei um ein Aufgeben des eigenen christlichen Glaubens und der eigenen kirchlichen Tradition ginge. So verwenden gewisse Gruppen im Umkreis von Ecône mit Alterzbischof Lefebvre in letzter Zeit vermehrt den Ausdruck „Protestantismus“ in abschätziger Weise, und gewisse protestantische Kreise den Begriff „Ökumene“ als diskriminierende Bezeichnung.

Die Arbeitsgemeinschaft erklärt sich auf Grund ihrer Gesprächserfahrungen der letzten Jahre überzeugt, „daß verantwortlich geführte Gespräche die eigenen konfessionellen Traditionen nicht gefährden. Vielmehr zwingt gerade das offene Gespräch die einzelnen Christen, die Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften zu einer Vertiefung und Verdeutlichung unseres christlichen Bekenntnisses und führt so zu größerer Treue zu Jesus Christus.“ Auf diesem Hintergrund anerkennt und bejaht die Arbeitsgemeinschaft denn auch den positiven Inhalt der Bezeichnungen „katholisch“ und „evangelisch“. „Mit freudiger Hoffnung stellt sie auch fest, daß diese Bezeichnungen im heutigen theologischen Denken und im ökumenischen Dialog eine Vertiefung erfahren, die zu einer Erneuerung des kirchlichen Selbstverständnisses und des christlichen Zeugnisses führen kann.“ So ist sie auch überzeugt, daß gerade die Treue zur Tradition die Christen und die Kirchen zum ökumenischen Gespräch veranlaßt. „Im eigentlichen Sinn sind jene, die sich aus Verantwortung im ökumenischen Gespräch engagieren, gewissenhafte Verfechter der echten Tradition. Manche dagegen, die sich heute gern auf die Tradition berufen, schränken diese allzuleicht ein auf zeitbedingte Ausdrucksformen. Der Auftrag zur Einheit verpflichtet alle Gläubigen, immer wieder von der Quelle des Glaubens in Jesus Christus auszugehen. Von ihm aus werden sie – gewiß unvollkommen und oft mühsam ringend – aus der Fülle der Tradition jenes Wort Gottes heraushören, das gerade an uns gerichtet ist.“ Deshalb will sich die Arbeitsgemeinschaft weiterhin um die Erneuerung der christlichen Kirchen bemühen und das ökumenische Gespräch trotz Resignation und Widerstand nicht abbrechen.

Die Ermordung des anglikanischen Erzbischofs Janani Luwum und zweier christlicher Politiker sowie die anschließende Verfolgung von Mitgliedern der überwiegend christlichen Stämme Ugandas *hat weltweite Proteste ausgelöst*. Am Sonntag, dem 20. Februar, gedachten Christen in aller Welt in ihren Gottesdiensten der Verstorbenen. Das Exekutivkomitee des Weltkirchenrates verurteilte die Vorfälle in einer scharfen Erklärung, in der es u. a. hieß: „Tausende von Menschen sind bisher durch summarische Exekutionen umgekommen, und noch immer reißt die Kette brutaler Gewaltakte nicht ab, die dieses seit sechs Jahren wütende Terrorregime kennzeichnet.“ Es könne kein Zweifel bestehen, „daß die Lage in Uganda nur dann zu ändern ist, wenn der verzweifelte Kampf der ugandischen Bevölkerung gegen eine offensichtlich neu einsetzende Welle von Massakern durch massive internationale Maßnahmen unterstützt wird“. Ähnlich war der Tenor einer Erklärung des Generalsekretärs der Allafrikanischen Kirchenkonferenz, *Burgess Carr*, der die Umstände des Todes von Luwum ein Verbrechen nannte, das erneut die Unmenschlichkeit des Amin-Regimes beweise. Er unterstützte die Forderungen der Internationalen Juristen-Kommission nach „unparteiischen Untersuchungen“ in Uganda und rief zur internationalen Isolierung des Amin-Regimes auf. Dafür mußte er von Amin den Vorwurf einstecken, er sei „ein Mikrofon für den Imperialismus und Zionismus in Afrika“, er sei nicht gottgläubig und betrachte Religion nur als eine „Einkommensquelle“. Auf der Trauerfeier für den anglikanischen Bischof, die nach Nairobi in Kenia verlegt werden mußte, brachten Vertreter vieler Konfessionen ihren Abscheu vor der Tat und dem ungezügelt Regime Amins zum Ausdruck. Die anglikanischen Bischöfe Kenias sprachen sich für eine internationale Polizeiaktion in Uganda aus, um dem „Terrorregime“ des „Diktators Amin“ ein Ende zu bereiten. In einer in Nairobi veröffentlichten Erklärung der neun Bischöfe unter Leitung von Erzbischof *Festo Olang* hieß es: „Wir

rufen die Organisation für Afrikanische Einheit und die Vereinigten Nationen dazu auf, eine internationale Polizeitruppe zu bilden, die in Uganda eingreifen und zur Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung beitragen soll.“ Auch die katholischen Bischöfe des Nachbarlandes Kenia gaben eine Erklärung zu den Vorfällen ab. Sie forderten eine umfassende Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Uganda, wo die „Exzesse der Militärregierung“ unter Präsident Amin ausarteten, „zur Beschämung des Restes des unabhängigen Afrika“. Nach einer außerordentlichen Versammlung sprachen sie von Bestürzung über den Tod der drei, „sowie über die zahllosen Todesfälle der vergangenen sechs Jahre“. Die fortgesetzten Verbrechen in Uganda dürften nicht länger vertuscht oder entschuldigt werden. Eindeutig stellten sich die katholischen Bischöfe hinter die Erklärung der anglikanischen Bischöfe von Uganda, Burundi, Ruanda und einer Diözese in Zaïre vom 16. Februar, die vermutlich sogar der auslösende Faktor für die Ermordung von Bischof Luwum gewesen ist. Nicht zu übersehen war, daß im katholischen Bereich die Stellungnahmen insgesamt behutsamer waren. Zwar brachte der Papst sein Mitgefühl gegenüber dem Erzbischof von Canterbury, *Ronald Coggan*, zum Ausdruck, doch die katholischen Bischöfe von Uganda z. B. gaben zumindest keine offizielle Stellungnahme ab. – Fünf Bischöfe der anglikanischen Kirche von Uganda haben das Land inzwischen verlassen, nach unbestätigten Berichten leben die übrigen praktisch als Geiseln in Uganda.

Der Ausgang der indischen Wahlen vom 16.–20. März scheint nicht unbeeinflusst gewesen zu sein von den Aktivitäten der christlichen Kirchen. In der letzten Phase des Wahlkampfes schälten sich immer stärker drei Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung heraus: die seit mehr als 19 Monaten andauernde Notstandsregelung, die Herausstellung von *Indira Gandhis* Sohn Sanjay als Nachfolger und nicht zuletzt die selbst von Anhängern der Regierungschefin als „infam“ und „brutal“ eingestufte Sterilisationskampagne (vgl. HK, Juni 1976, 285 ff.). Dabei waren die Punkte zwei und drei noch insofern miteinander verknüpft, als sich Indira Gandhis Sohn besonders zynisch für eine ungehemmte Durchführung der Kampagne einsetzte und in der Öffentlichkeit die Religionsführer beschuldigte, sich ihr zu widersetzen. Sie hätten daraus die Konsequenzen zu ziehen. Jeder Gegner dieser Maßnahmen müsse des Landes verwiesen werden. Auffallend war, daß sich die christlichen Kirchen nach Ausrufung des Notstandes sehr zurückhielten mit Stellungnahmen. Außer vereinzelt Stimmen aus dem Lager der Laien war kaum etwas dazu zu hören. Erst Mitte Dezember vorigen Jahres bildeten Persönlichkeiten von sechs Kirchen in Kerala (Kirche von

Südinien, Mar-Thoma-Kirche, Syrisch-Orthodoxe Kirche, die beiden syrischen Kirchen und die römisch-katholische Kirche) ein Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte in Indien. Die Gründungsmitglieder bemängelten bei dieser Gelegenheit besonders, daß die Kirchenleitungen der Partei an der Macht vorbehaltlos Loyalität erwiesen (vgl. EPS, 6. 1. 77). So versicherten die Vertreter der Katholischen Union Indiens beispielsweise Frau Gandhi der Unterstützung der katholischen Gemeinschaft des Landes für die von der Regierung erarbeiteten sozio-ökonomischen Programme (The Herald, 8. 10. 76), und bei einer Feierstunde anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Loyola-Kollegs in Madras nannte der Rektor die Ministerpräsidentin „die würdige Tochter und Nachfolgerin Ihres verehrten Vaters, und wir Christen haben volles Vertrauen in Sie“ (vgl. KM, 4/76). Gegen Äußerungen des Weltkirchenrates und der Christlichen Konferenz Asiens zum Notstand in Indien wandte sich das Exekutivkomitee der protestantischen Kirche von Nordindien. Die beiden Institutionen hätten „ungebeten“ die Rolle der Kämpfer für die Freiheit in Indien übernommen. Dadurch sei ein falsches Bild Indiens entstanden. Das Gremium selbst brachte „tiefe Dankbarkeit und Wertschätzung für die dynamische Führung“ der Ministerpräsidentin zum Ausdruck. Doch so sehr besonders die katholische Kirche allgemein Zurückhaltung übte, als es um die Sterilisation ging, gab sie ihr Schweigen auf. Sie schaffte es, in kurzer Zeit durch ihre massive Opposition die öffentliche Meinung zu mobilisieren und aus dem anfänglich unbedeutenden Wahlkampfthema ein vielleicht sogar die Wahl entscheidendes Thema zu machen. In einer eigenartigen Koalition fanden sich Marxisten, Moslems und Christen vereint in ihren Anstrengungen, der Zwangssterilisation ein Ende zu machen. Sehr spät erkannte Frau Gandhi den Stimmungsumschwung, und erst in allerletzter Minute gab sie Mißbrauch bei der Kampagne zu und ordnete eine Überprüfung und einen Stop an. Ein Hirtenbrief der indischen Bischöfe (vgl. Fides, 16. 2. 77) hatte die Diskussion noch verschärft. Mit einem lange hinausgezögerten Entgegenkommen versuchte Frau Gandhi zudem, die Katholiken wieder zu beruhigen. Sie verzichtete auf das Recht der Regierung, bei der Besetzung von Bischofssitzen mitzusprechen (La Croix, 9. 3. 77). Schließlich wirkte sich wohl noch der unermüdliche Einfluß der Katholiken für die Unberührbaren, die Kastenlosen, aus, die mit dem Austritt des Landwirtschaftsministers *Jagjivan Ram* in den Mittelpunkt des Interesses rückten, weil er bisher der Kongreßpartei immer die Stimmen gerade dieser ca. 95 Millionen zählenden Gruppe gebracht hatte. Damit war die katholische Kirche praktisch auf seiten der Opposition. Ob nach dem überraschenden Sieg der Opposition auch Bewegung in die christlichen Kirchen kommt, ist noch ungewiß.

Bücher

KARL KERTELGE (Hrsg.), **Der Tod Jesu. Deutungen im Neuen Testament.** Mit Beiträgen von Johannes Beutler, Joachim Gnlika, Karl Kertelge, Rudolf Pesch, Rudolf Schnackenburg und Anton Vögtle. Herder, Freiburg – Basel – Wien 1976. 234 S. 34.–DM.

Seit die Rückfrage nach dem historischen Jesus die Exegese und über sie hinaus die ganze Theologie bewegt, steht die Frage auf

der Tagesordnung, inwiefern die späteren christologischen Bekenntnisse von der Heilsbedeutung Christi Anhalt an Jesus von Nazareth haben. Als eines der zentralen Probleme in diesem Zusammenhang erwies sich bald, ob sich etwas darüber eruieren läßt, wie Jesus selbst seinen Tod verstanden hat. Vor allem *Heinz Schürmann* hat dazu prononcierte Thesen vorgelegt und – insbesondere unter Bezug auf die Abendmahlstradition – nachzuweisen versucht, daß Jesus nicht nur mit Bereitschaft sich seinem